



Thema

WAHLEN 2021



PETRA BROISTEDT

hat ganz Göttingen fest im Blick. Das will sie jetzt auch als Oberbürgermeisterin für Göttingen fortführen.

➔ Lesen Sie ihre Ziele für die Menschen und unsere Stadt.



MARCEL RIETHIG

Unser Kandidat für die Landratswahl ist Garant, dass sich der Landkreis auch weiterhin so positiv entwickeln wird.

➔ Lesen Sie mehr über den MUT.MACHER Riethig.



ANDREAS PHILIPPI

will für die SPD in den Bundestag einziehen. Der Herzberger hat lange Zeit im Nonnenstieg gewohnt.

➔ Lesen Sie mehr über Thomas Oppermanns Nachfolger

LIEBE BÜRGERINNEN UND BÜRGER,

2021 ist ein Super-Wahljahr. In Niedersachsen finden mit der Bundestagswahl im September auch die Kommunalwahlen statt. Am 12. Sep-



tember werden die Räte und Kreistage für die neue Wahlperiode gewählt, die bis 2026 dauert. In Göttingen muss gleichzeitig der Oberbürgermeister und der Landrat neu gewählt werden, da Rolf-Georg Köhler und Bernhard Reuter nicht erneut kandidieren. Am 12. September können wir vier Mal für neue kommunale Vertretungen wählen.

Sollte kein*e Bewerber*in für den Oberbürgermeister oder den Landrat die absolute Mehrheit erreichen, treten die Kandidat*innen mit den beiden höchsten Stimmenzahlen am 26. September zur Stichwahl an. An diesem Sonntag zusammen mit den Bewerber*innen für das Bundestagsmandat unseres Wahlkreises, das durch den plötzlichen Tod von Thomas Oppermann frei geworden ist. Die anderen Bundestagsabgeordneten sind keine Wahlkreisabge-

ordneten, sie zogen über die Landeslisten ihrer Parteien in den Bundestag ein.

Nach dieser Mammutrunde gibt es die nächste Wahl mit der Landtagswahl im Herbst 2022. Danach steht bis 2025 keine Wahl auf dem politischen Kalender.

Zu beachten ist bei den Wahlen im Herbst ein unterschiedliches Wahlrecht. Bei den Kommunalwahlen gilt das Wahlalter ab vollendetem 16. Lebensjahr und EU-Bürger*innen dürfen mitwählen. Sie müssen sich nur im Wahlamt registrieren lassen. Sie können auch den/die Oberbürgermeister*in und den/die Landrät*in wählen.

Wegen der Pandemie besitzt die Briefwahl bei diesen Wahlen eine besondere Bedeutung. Die Briefwahl für die Kommunalwahlen beginnt spätestens am 16. August. Sie kann per Brief oder im Wahlamt (Angaben s. Rückseite) erfolgen. Die Briefwahl für die Bundestagswahl beginnt spätestens am 23. August.

Ihr

KURZMELDUNGEN

UNSERE BUSLINIE 50

Wir konnten mit unserer Unterschriftenaktion erreichen, dass die Buslinie 50 zum Halbstundentakt zurückkehrte. Den Göttinger Verkehrsbetrieben (GöVB) haben wir weitere Wünsche mitgeteilt, die uns von Nutzer*innen erreichten: Unterstellhaus in der Ewaldstraße (stadtabwärts), Spätbus am Wochenende, veränderter Bustakt am Sonnabend für frühe Einkäufer.

NEUE BÄNKE IM HAINBERG

Aufgrund der Wünsche unseres SPD-Ortsvereins Göttingen-Ost und ihrer Ratsfrau Sylvia Binkenstein, die Mitglied im Bauausschuss ist, wurde die Zahl der Bänke im Hainberg erhöht. Wir bedanken uns für die Kooperation bei der Bauverwaltung und der neuen Stadtförsterin Lena Dzeia. Bei unserem Ortstermin haben wir auf Mängel bei der Unterhaltung der Spazierwege hingewiesen.

WAS MAN ÜBER DEN WAHLBEZIRK 1 WISSEN SOLLTE.

Für die Wahlen (Stadtrat, Kreistag, Oberbürgermeister, Landrat, Bundestag) ist die Stadt in 5 Wahlbezirke eingeteilt, die annähernd gleich groß sind. Das Ostviertel gehört zum Wahlbezirk 1, zu dem aus der Südstadt noch die Straßen um die von-Ossietzky-Straße und den Steinsgraben gehören, nicht jedoch die Zietenterrassen. Von den Vororten gehören Herberhausen, Nikolausberg und Roringen zum Wahlbezirk 1. Die Grenze nach Norden bildet der Nikolausberger Weg.

Im Wahlbezirk 1 wohnen ca. 17.000 Wahlberechtigte.

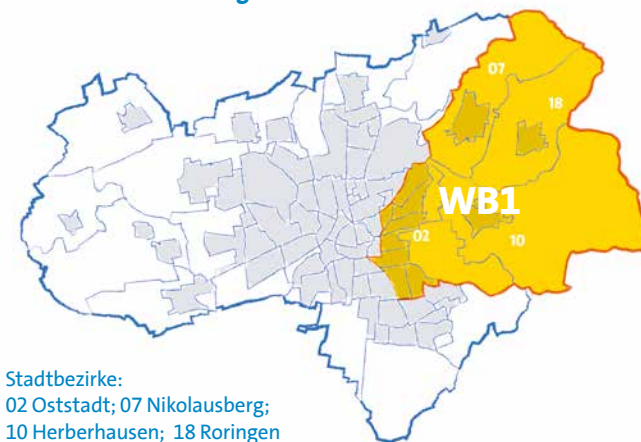
Die Zahl der Kandidatinnen und Kandidaten, die in einem Wahlbezirk aufgestellt werden dürfen, bemisst sich nach der Größe des Rates bzw. des Kreistages. Eine politische Partei

oder eine Wählergemeinschaft darf für den Rat höchstens 13 Kandidatinnen oder Kandidaten aufstellen, für den Kreistag dürfen es 9 sein.

Für die ebenfalls am 12. September stattfindende Oberbürgermeister- und Landratswahl wird in denselben Wahlbezirk

gewählt, d.h. jede/r stimmt viermal ab. Falls keiner der Bewerber die absolute Mehrheit der Stimmen erhält, stehen zwei Bewerber mit der höchsten Stimmenzahl am 26. September in einer Stichwahl erneut zur Wahl. Außerdem wird an diesem Tag für den Bundestag gewählt.

Wahlbereich 1: Göttingen - Oststadt



WIE WIRD FÜR STADTRAT UND KREISTAG GEWÄHLT?

Um den Wählerinnen und Wählern einen größeren Einfluss auf die Zusammensetzung, des Rates oder Kreistages zu geben, unterscheidet das Kommunalwahlrecht zwischen der **Parteistimme** und der **Personenstimme**.

Wer sich bei den Personen nicht auskennt, kreuzt die Partei seiner Wahl an.

Wer unter den Kandidatinnen und Kandidaten auswählen möchte, besitzt dafür **drei Stimmen**.

Sie/Er kann sie auf eine/n Kandidat/en konzentrieren, was in der Fachsprache **Kumulieren** heißt oder über zwei/drei Kandidat/in/en verteilen, **Panaschieren** nennt sich diese Handlung. Sämtliche Stimmen für eine Partei und ihre Kandidatinnen und Kandidaten werden für den Wahlbereich und schließlich für die Stadt bzw. den Landkreis zusammen gezählt.

Das Gesamtergebnis entscheidet über die Zahl der im Rat oder Kreistag errungenen Sitze.

GLEICHSTELLUNG FRAUENFÖRDERUNG KEINE NEBENSACHE.

Schon für den ersten Bundestag 1949 war die Ratsfrau Dr. Elinor Hubert in der engeren Wahl für den Bundestagswahlkreis Göttingen. Aufgestellt wurde sie im Nachbarwahlkreis, den sie bis 1969 direkt gewählt in Bonn vertrat.

Frauenförderung war für die SPD nie Nebensache. Mit Ehrengard Schramm stellte sie 1959 die erste Frau aus Südniedersachsen im Landtag, der in späteren Jahren Inge Wettig-Danielmeier, Hulle Hartwig und Dr. Gabriele Andretta folgten. Auch bei den Mandaten für den Rat, den Kreistag und den Ortsräten lag die SPD mit der Frauenförderung stets vor den anderen Parteien. Sie schickte nicht nur Frauen in die kommunalen Vertretungen, sondern übertrug ihnen auch Leitungsfunktionen.

Die erste Bürgermeisterin der Stadtgeschichte wurde Dr. Marie-Luise Ahrens, später folgten Katharina Lankeit und Helmi Behbehani.

Edeltraut Wucherpfennig war die erste stellvertretende Landrätin im Kreistag. In den Göttinger Ortsteilen gab es und gibt es regelmäßig Ortsbürgermeisterinnen von der SPD: aktuell Karola Margraf in Nikolausberg, Dr. Karla Busch in Holtensen, Heidrun von der Heide in Groß Ellershausen/Hetjershausen/Knutbühren, Ingrid Möhring in Herberhausen und Birgit Sterr in Grone. Zur Ratsvorsitzenden nach der neuen Kommunalverfassung machte sie: Renate Bank, Sylvia Binkenstein und Karola Margraf. Auch im Vorsitz des SPD-Stadtverbandes existiert seit Jahrzehnten eine deutliche Frauenpräsenz mit der Professorin Ingeborg Nahnsen, Hildgard Pauler-Beckermann, Hulle Hartwig, Dr. Gabriele Andretta und Insa Wiethaup.

Nach ihrer Landtagszeit gehörte Inge Wettig-Danielmeier, die in der SPD die Quote für Frauen durchsetzte, von 1990 bis 2005 dem Bundestag an. 1998 gewann sie den Bundes-

tagswahlkreis 53 direkt, den sie 2002 gegen einen CDU-Kandidaten verteidigte.

Der Blick auf die wichtigsten Konkurrenten der SPD zeigt, dass Frauen in Ämtern und Mandaten dort eine Seltenheit sind. In 75 Jahren Niedersachsen schickte die CDU in den fünf Wahlkreisen des Landkreises nur einmal eine Frau in den Landtag: Ilse Hansen kandidierte von 1994 bis 2008 in Hann. Münden; gewählt wurde sie über die CDU-Landesliste. Rita Süßmuth konnte dieses CDU-Bild von 1987 bis 2002 etwas aufbessern, bis sie 1998 den Wahlkreis verlor.

Auch Die Grünen, die eine aktive Frauenpolitik betreiben, stehen deutlich hinter der SPD zurück. Nur Sonja Schreiner gehörte dem Landtag an. Landes- und bundespolitisch präsentieren sich die Grünen stets als Männerpartei. Immerhin schicken sie für das Amt der/des Oberbürgermeister*in mit Doreen Fragel eine parteilose Kandidatin ins Rennen.

Die FDP fällt mit ihrer fehlenden Frauenförderung sogar im Vergleich zur CDU ab. Im Landtag und im Bundestag vertraten sie stets Männer. 1969 stellte die FDP Ulrike von Heynitz für die Bundestagswahl auf, die aber den Einzug in den Bundestag knapp verfehlte.

Ein weiteres Zeugnis für die aktive Frauenförderung der Göttinger SPD ist die Nominierung von Petra Broistedt als Oberbürgermeisterin. In der Konkurrenz mit einem Mitbewerber entschieden die Mitglieder sich klar für sie. Die Wahl von Petra Broistedt könnte jetzt ein weiteres Zeichen setzen, dass 100 Jahre nach dem aktiven und passiven Wahlrecht für Frauen Göttingen eine Oberbürgermeisterin bekommt. Die zahlreichen erfolgreichen SPD-Abgeordneten im Landtag, im Bundestag und in den kommunalen Vertretungen sollten zur Wahl von Petra Broistedt ermutigen.

Ehrengard Schramm



Ingeborg Nahnsen



Inge Wettig Danielmeier



Gabriele Andretta



WAHL ZUM GÖTTINGER STADTRAT



→ **SYLVIA
BINKENSTEIN**
RECHTSANWÄLTIN

Sylvia Binkenstein lebt seit Kinderzeit in Südniedersachsen. Mit der Aufnahme ihres Studiums zog sie nach Göttingen. Seit dieser Zeit hat sie in den unterschiedlichsten Quartieren Göttingens gewohnt. Vor einigen Jahren fand sie ihre Heimat im Ostviertel.

Als Anwältin bearbeitet sie vornehmlich arbeits-, bau- und urheberrechtliche Fragen. Über ein Jahrzehnt konnte sie auf diesen Feldern besondere Erfahrungen sammeln, als sie für eine Berliner Immobilienverwaltung anwaltlich und als Projektsteuerin tätig war. Seitdem gilt ihre besondere Aufmerksamkeit dem ökologischen Bauen und dem Denkmalschutz. Diese Erfahrungen bringt sie in die Göttinger Baupolitik ein, was die seit kurzem geltende Erhaltungssatzung für das Ostviertel beeinflusst hat. Sünden der Vergangenheit konnten nicht verhindert werden, doch in Zukunft wird die Erhaltungssatzung wirken.

Seit 2011 ist sie Mitglied im Rat der Stadt Göttingen. Ihr großes Anliegen ist die Wohnungspolitik in der Stadt, insbesondere für Wohnungen im niedrigen Preissegment. Dabei muss eine nur investorengesteuerte Stadtentwicklung gestoppt werden, die die Lebensqualität und den Charme der Stadt bedroht. Für eine


gute Stadtentwicklung muss man die ganze Stadt im Blick haben.

In der Freizeit engagiert sie sich als Vorsitzende des Turn- und Wassersportvereins Göttingen von 1861 e.V. und kümmert sich um ihren Garten in der Kleingärtneranlage „Am Rohns“.

Ein Göttingen für Alle bedeutet für sie, dass Alle in dieser einzigartigen Stadt die Chance haben, ihren eigenen Lebensweg zu gestalten.

Der Ausbau der Höltytschule zur Ganztagsgrundschule gehört zu ihren Erfolgen. Sie war mitverantwortlich für die Ratspolitik, die Göttingen auf einen Spitzenplatz bei den Kindertagesstätten in der alten Bundesrepublik gebracht hat. Sie engagierte sich für den Erhalt der Kleingartenanlage am Rohns, die von den Nachfolgeplanungen für das IWF bedroht war. Das IWF wurde für sie zu einem Dauerthema, bis jetzt durch die Flüchtlingsunterkunft Zeit für eine spätere Lösung gefunden wurde. Auch viele kleine Themen bestimmten ihre Ratsarbeit: immer wieder Tempo 30; die Linienführung der Buslinien; eine bessere Busanbindung für die THG-Schüler; die Fußgängersicherheit; die Sauberkeit der Parkbuchten und der Schilberwiese.

WAHL ZUM GÖTTINGER KREISTAG



→ **DR. DAGMAR
SCHLAPEIT-BECK**
SOZIAL- UND
KULTURWISSENSCHAFTLERIN

Dagmar Schlapeit-Beck ist in Hamm Westf. geboren und in Düsseldorf aufgewachsen. Bereits als Schülerin trat sie in die SPD ein und wurde zur stellvertretenden Landeschülersprecherin in Nordrhein-Westfalen gewählt. Studiert hat sie Sozialwissenschaften und Kunstgeschichte. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin hat sie an der Bergischen Universität-Gesamthochschule Wuppertal gearbeitet. 1985 wurde sie eine der ersten kommunalen Frauenbeauftragten bundesweit in der Stadt Leverkusen.

Seit 1988 lebt Dagmar Schlapeit-Beck in Göttingen, sie war von 1988 bis 2016 Sozial-, Gesundheits- und Kulturdezernentin der Stadt Göttingen. Hier hat sie maßgebliche politische Akzente gesetzt. Ihr zu verdanken ist Göttingens hervorragendes Kinderbetreuungsangebot und die Entwicklung von Quartiersarbeit in benachteiligten Stadtteilen. Sie ist Gründerin der Gesundheitsregion Göttingen - Südniedersachsen. Stätten der Erinnerungskultur wie das Denkmal für den Göttinger Widerstand am Thomas-Bürgenthal-Haus, das Zwangsarbeiterdenkmal, die Stolpersteine, die Straßenumbenennungen sind mit ihrem Namen verbunden.

Heute arbeitet sie als Publizistin und Chefredakteurin eines Politikmagazins. Daneben ist

sie als Expertin in sozialpolitischen Fachkommissionen auf Landes- und Bundesebene tätig. In Göttingen nimmt sie zahlreiche Ehrenämter wahr im Vorstand der Internationalen Handelsgesellschaft, im Kuratorium des Göttinger Hospizes an der Lutter und der Bürgerstiftung, als Vorsitzende des Vereins zur Gesundheitspflege in Stadt und Landkreis Göttingen und der bundesweiten Gesellschaft Chancengleichheit. Sie ist Mitglied der Arbeiterwohlfahrt und der Gewerkschaft ver.di und zahlreicher Fördervereine wie des Deutschen Theaters, Jungen Theaters oder des Göttinger Symphonieorchesters.

Ihre Triebfeder war stets die Chancengleichheit im Bildungswesen und die soziale Gerechtigkeit. Sie gehört zu den Pionierinnen der Gleichstellung von Frauen und ist eine enge Weggefährtin unserer früheren Bundestagsabgeordneten Inge Wettig-Danielmeier.

Im Kreistag Göttingen will sie ihre langjährige kommunalpolitische Kompetenz einbringen und für einen gerechten Interessenausgleich zwischen Stadt und Landkreis Göttingen sorgen. Die Profilierung des Medizin- und Wissenschaftsstandortes Göttingen ist ihr Anliegen. Die Absicherung der vielfältigen sozialen und kulturellen Einrichtungen in der Region ihr Ziel.



PETRA BROISTEDT **GANZ GÖTTINGEN IM BLICK**

Soziales Engagement und der Wunsch zur politischen Mitgestaltung beeinflussen schon früh den Lebensweg von Petra Broistedt, die 1964 in Uelzen geboren wird. Sie arbeitet in der Schülerpolitik mit und im Studium gehört sie dem Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) an. Das Abitur besteht sie in Wolfenbüttel, sodass ein Studienstart in Braunschweig naheliegt. Nach einer Testphase im Fach Architektur wechselt sie zu Sozialarbeit und Sozialpädagogik, wo sie den Studienabschluss mit sehr gut erreicht. Nach dem Anerkennungsjahr beginnt 1989 dann der Weg in die Praxis.

Am Anfang waren es zahlreiche Stationen, in denen sie Erfahrungen sammelt, bis sie 1996 zur ersten Frauenbeauftragten im Landkreis Holzminden berufen wird. 2004 wird sie Persönliche Referentin des Landrates im Landkreis Holzminden. Holzminden ist für sie auch eine

Lernstation, denn für den Landrat muss sie den Kontakt zu den Fraktionen organisieren. Die vierjährige Mitarbeit auf der Leitungsebene des Landkreises eröffnet ihr den Blick auf Spitzenpositionen in der Kommunalpolitik, für die Frauen erst langsam eine Chance erhalten. Aus Holzminden kann sie zur Stadt Göttingen wechseln, wo sie die Leitung des Fachdienstes Besondere Soziale Dienste übernimmt. Das heißt Budgetverantwortung für einen Millionenhaushalt und Personalleitung im Fachdienst. Hinzu tritt die stellvertretende Leitung des großen Fachbereichs Jugend.

Aus diesen fünf Göttinger Jahren verbindet sich mit ihrer Arbeit der Krippenausbau, den sie geplant und umgesetzt hat. Seitdem ist Göttingen Niedersachsens Spitzenreiter in Hinblick auf Kinderbetreuung für unter Dreijährige. Zu ihrer Politik gehört die Einrichtung Eltern-Kind-Zentrums

im Petri-Haus Grone sowie die Einführung von Ganztagsbetreuung an Göttinger Grundschulen.

Über ihre erste Göttinger Station sagt sie: „Göttingen hat mich in meinen weiteren beruflichen Plänen bestärkt. Die Gleichstellungspolitik der Stadt gab mir Chancen, durch Führungskräfte-Trainings und die Praxis habe ich mich weiterentwickelt, sodass ich mich für ein Wahlamt gewappnet fühlte. Außerdem konnte ich für Bewerbungen Göttinger Erfolge vorweisen.“

Der Landkreis Hameln-Pyrmont wählt Petra Broistedt 2013 zur Kreisrätin für die Dezernate Inklusion/Bildung/Jugend/Soziales sowie Planen und Bauen. Das bedeutet einen großen Sprung in die volle Verantwortung für Verwaltung und Politik dieser Aufgabenfelder. Die Zuständigkeit für Verwaltung und Finanzen muss sie nun direkt in der Kreispolitik vertreten. Die Zusammenarbeit mit den Fraktionen des Kreistages und den Verbänden wird zur Tagesaufgabe.

Als 2016 das Amt der Stadträtin für Kultur und Soziales bei der Stadt Göttingen ausgeschrieben wird, zögert sie keinen Moment und bewirbt sich. Zurück in „die alte Heimat“, die Stadt, die ihr am Herzen liegt – das ist ihr Motiv. Am 17.06.2016 wählt sie der Rat zur neuen Stadträtin.

In ihrer fast fünfjährigen Amtszeit prägt sie das soziale Leben Göttingens und verbessert die Lebenslage der Menschen vor Ort: Ob BusCardE für Sozialcardinhaber*innen, Gründung des Bündnisses für Wohnen, Schaffung einer kommunalen Wohnungsbauförderung, Dialog der Religionen, Bau neuer Flüchtlingsunterkünfte, Ausweitung von Integrationskursen, Einrichtung zusätzlicher Stadtteil- und Quartierszentren, finanzielle Absicherung von Frauenhaus, Frauennotruf, Drogenberatung und weiterer Einrichtungen oder die Bewältigung der Coronapandemie als Leiterin des Krisenstabes – sie hat stets die Belange aller Göttinger*innen im Blick.

Im Kulturbereich gelingt es ihr, gemeinsam mit den Findungskommissionen die künstlerischen Leitungen von GSO und Händelfestspielen mit Persönlichkeiten mit weltweitem Renommee zu besetzen, Musa und GSO aus ihrem finanziellen Tief zu holen, die Gründung der Kunsthaus gGmbH gemeinsam mit Gerhard Steidl und Alfons von Uslar vorzubereiten, für das KAZ und das Junge Theater in der ehemaligen Voigtschule ein gut geeignetes Ausweichquartier für die Zeit der Sanierung des Otfried-Müller-Hauses zu finden und die Weichen für die Sanierung des Deutschen Theaters zu stellen. Für das Dauerproblem Städtisches Museum leitet sie weitere Schritte ein.

Befragt nach ihren Zielen als Oberbürgermeisterin sagt Petra Broistedt: „Fünf Jahre sind eine kurze Amtszeit, deshalb möchte ich den Mund nicht zu voll nehmen. Wir müssen die großen Sanierungs- und Bauprojekte, für die die Stadt unmittelbar Verantwortung trägt, zu Ende bringen. Die Schulsanierungen, die Stadthalle, das Deutsche Theater, das Städtische Museum, das Otfried-Müller-Haus müssen weitergehen oder in Angriff genommen werden. Hier schrecken mich nicht die genannten Kosten. Göttingen hat stets solche Investitionen bewältigt. Klar ist dabei auch, dass wir länger als eine Wahlperiode benötigen.“

Ein weiteres zentrales Problem ist der Wohnungsbau. Hier müssen wir einen Durchbruch schaffen. Es darf nicht dabei bleiben, dass in Göttingen Mieten wie in München gezahlt werden. Die Städtische Wohnungsbaugesellschaft ist jedoch nur ein Investor, ohne private Investoren kann die Wohnungsfrage nicht gelöst werden.

Auch die Erhaltung einer lebendigen Innenstadt steht auf der Agenda. Schon vor der Corona-Krise begann dort der Rückzug des Einzelhandels, den das Umsteigen auf den Online-Handel noch befördert hat. Einfache Lösungen gibt es leider nicht, einfaches Zusehen muss ein Ende haben. Göttingen nimmt bei seinen sozialen Einrichtungen

gen einen hervorragenden Platz in der Bundesrepublik ein, was vor allem für das Kita-Angebot gilt. Dahinter dürfen wir nicht zurückfallen, dieses gute Angebot ist Teil der Gleichstellungs- und Familienpolitik unserer Stadt.

Eine große Herausforderung ist die Bewältigung des Klimawandels. Ich will alle Göttinger*innen mitnehmen, denn es wird die größte gesellschaftliche Veränderung seit der Wende. Wichtig ist mir, den Klimawandel sozial zu gestalten. Strom, Energie und Mobilität müssen auch morgen noch für alle Göttinger*innen bezahlbar sein. Deshalb brauchen wir Photovoltaik und Fernwärme auch im Mietwohnungsbau und einen attraktiven öffentlichen Personennahverkehr. Das Bundesverfassungsgerichtsurteil ist ein neuer Anstoß für uns: Unsere bisherigen Planungen müssen wir überarbeiten.

Zu den Leistungen meiner Amtsvorgänger Hermann Schierwater, Wolfgang Meyer und Rolf-Georg Köhler gehört die gute Zusammenarbeit mit der Universität, den Fachhochschulen und den Forschungseinrichtungen. Sie fanden bei der Stadtspitze stets ein offenes Ohr und sie konnten auf die Unterstützung ihrer Belange in der Landes- und Bundespolitik setzen. Daran wird sich in meiner Amtszeit nichts ändern.

Die aktive Wirtschaftsförderungspolitik der Stadt hat Göttingen zu einer Wirtschaftsmetropole in Südniedersachsen gemacht, die zu Hoffnungen bei Arbeitsplätzen und Wirtschaftskraft berechtigt. Diese Politik möchte ich fortsetzen, wobei ich darauf vertraue, dass im Viel-Fraktionen-Rat keine Blockadepolitik betrieben wird.

Das kulturelle Leben der Stadt leidet unter der Corona-Krise, im Zentrum der Kulturpolitik der nächsten Jahre muss deshalb die Wiederbelebung stehen. Was nicht einfach werden wird und die Hilfe des Landes und des Bundes verlangt. Mit allen Bürger*innen hoffe ich, dass die Pandemie im Herbst eingegrenzt ist und ich im ersten Jahr meiner Amtszeit den Neustart des kulturellen Lebens einleiten kann.“

Jede öffentliche Person ist auch eine private Person, vor dem Blick auf das Private ist auch Petra Broistedt nicht geschützt: Petra Broistedt ist verheiratet, das Ehepaar hat zwei erwachsene Kinder. Unter ihren privaten Interessen nennt Petra Broistedt mit den Kindern klönen, Freunde bei einem guten Essen verwöhnen, wandern, Rad fahren, ein gutes Buch lesen und Doppelkopf spielen.

WWW.PETRA-BROISTEDT.DE



WAHL ZUM LANDRAT



MARCEL RIETHIG MUT.MACHER.

Mein Name ist Marcel Riethig, ich bin am 24.12.1982 in Göttingen geboren. Als Kreisrat und Dezernent bin ich verantwortlich für die Bereiche Jugend, Bildung, Arbeit, Soziales und Kultur beim Landkreis Göttingen. Am 12. September kandidiere ich für das Amt des Landrates.

Im Landkreis Göttingen leben so viele Menschen, die unser Miteinander gestalten und mit ihrem Engagement Mut machen. Unsere Region ist liebenswert und hat viele Vorzüge, die ich noch stärker in die Öffentlichkeit tragen möchte. Die guten Beispiele sollen uns allen Mut machen, anzupacken und gemeinsam die Region weiter nach vorne zu bringen. Meine eigene Lebensgeschichte ist ein Beispiel, mit dem ich anderen Mut machen möchte.

Ohne das Jugendamt der Kreisverwaltung wäre ich heute nicht dort, wo ich bin. Dank ihrer Unterstützung konnten mich meine Eltern als Baby adoptieren. Meine Eltern haben für mich Verantwortung übernommen und haben mir ein wunderbares Zuhause gegeben. Dafür bin ich ihnen sehr, sehr dankbar. So hatte ich dann doch noch beste Chancen für meinen guten Start ins Leben.

Meine Oma musste schon sehr jung arbeiten gehen. Meine Mutter hat sich nach ihrer Ausbildung um meine Schwester und mich gekümmert. Mein Vater studierte auf dem 2. Bildungsweg.

Wir leben in einer Zeit, in der für junge Menschen viel mehr als früher möglich ist. Gleich-

gültig, ob Studium oder Ausbildung: Es ist besonders wichtig, dass sie einen Beruf finden, der zu ihnen passt. Für meinen Weg war der Erwerb sozialer Kompetenzen ebenso wichtig wie die formalen Qualifikationen. Ich durfte als junger Mensch oft über den Tellerrand blicken und einige Auslandsaufenthalte mitmachen. Mein ehrenamtliches Engagement in Kirche, Sport (u.a. Handball) und der SPD hat meine persönliche Entwicklung sehr geprägt und mein Vertrauen auch in mich selbst gestärkt.

Stadt, Umland, Weser, Harz und Eichsfeld: Die Region lebt von ihrer Vielfalt. In Bovenden bin ich aufgewachsen und wohne – nun Familienvater von zwei Söhnen – nach wie vor in der Region, weil ich hier Beruf und Familie vereinbaren kann, tolle Freizeitmöglichkeiten vorfinde und meine Söhne hier gut aufwachsen können. Am Otto-Hahn-Gymnasium habe ich mein Abitur abgelegt und dann an der Universität Göttingen Sozialwissenschaften studiert. So-

mit kenne ich die Region, habe sie quasi mit der Muttermilch aufgesogen. Mein Ziel ist es nun, ihre Attraktivität weiter auszubauen. Dafür benötigen wir einen starken ländlichen Raum ebenso wie ein pulsierendes Oberzentrum.

Der Landkreis Göttingen hat sich in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt. Und viele Menschen in der Region sind zu Mutmacher*innen geworden, weil sie ihre Heimat gestalten. Mit klugen Ideen, Tatkraft und Leidenschaft. Als Landrat möchte ich den erfolgreichen Weg mit Ihnen fortsetzen. Ich will ermöglichen, dass Menschen ihre Ideen in die Tat umsetzen können und alle gemeinsam einen Landkreis gestalten, den wir unseren Enkelkindern guten Gewissens hinterlassen können. Der Landkreis Göttingen ist ein „hidden champion“ und wir haben die Chance, den Landkreis ins beste Licht zu rücken – nutzen wir sie!

WWW.MARCEL-RIETHIG.DE

WARUM WÄHLEN?

„Wahlen ändern nichts, sonst wären sie verboten“, hieß ein viel belachtes Graffiti am Frankfurter Hauptbahnhof. Trifft diese anarchistische Aufforderung zur Wahlenthaltung tatsächlich zu? Ändern Wahlen nichts? Macht es keinen Unterschied, ob man wählt oder zu Hause bleibt?

Der Rückblick erzählt eine andere Geschichte. Regierungen wechselten im Bund und in Niedersachsen, auch Koalitionen zwischen Parteien. Neue Parteien entstanden, andere verschwanden aus den Parlamenten. Unsere Oberbürgermeister und Landräte wechselten und es gab eine Auswahl. Auch in der Kommunalpolitik beeinflusste die Wahl die politischen Entscheidungen. Ohne eine starke SPD gäbe es keine Gesamtschulen in Göttingen und beim Ausbau der Kindertagesstätten läge die Stadt nicht auf einem Spitzenplatz in der Bundesrepublik. Rot-Grün startete die Sanierung der Stadthalle und

brachte die Schulsanierung auf den Weg. Auch mit der Fahrrad-Stadt ging es voran.

Die Wahl am 12. September entscheidet auch darüber, ob Göttingen eine tolerante und welt-offene Stadt bleibt. Nur eine hohe Wahlbeteiligung hält die Sitzzahl für die AfD im Rat und im Kreistag gering. Allein dieses Ziel lohnt die Teilnahme an der Wahl. Für die Stadt und den Landkreis können Sie entscheiden, ob Göttingen eine kommunalpolitisch erfahrene Oberbürgermeisterin und der Landkreis einen erfahrenen Landrat erhält.

Am 26. September wird dann über unseren neuen Bundestagsabgeordneten entschieden. Seit 1998 ist unser Wahlkreis in der Hand von SPD-Abgeordneten. Inge Wettig-Danielmeier holte ihn zurück, Thomas Oppermann verteidigte ihn. Nun will Andreas Philippi die Nachfolge antreten.

WAHL ZUM BUNDESTAG



DR. ANDREAS PHILIPPI VERBINDUNG SCHAFFT VERTAUEN

Darf ich mich vorstellen? Mein Name ist Dr. Andreas Philippi. Ich wohne in Herzberg am Harz und bin dort als Chirurg tätig. Meine Partei, die SPD, hat mich im Wahlkreis Göttingen, der von der hessischen Landesgrenze über Göttingen bis zum Harzrand reicht, als ihren Direktkandidaten für die Bundestagswahl am 26. September 2021 aufgestellt. Als Kommunalpolitiker bringe ich meine Erfahrungen aus der Kreispolitik und dem Rat der Stadt Herzberg ein.

Thomas Oppermann war nach seinem Wechsel von der Landes- in die Bundespolitik von 2005 an durchgehend direkt gewählter Wahlkreisabgeordneter. Noch vor seinem plötzlichen Tod mit nur 67 Jahren im Oktober vergangenen Jahres hatte er sich entschlossen, zur kommen-

den Wahl nicht wieder anzutreten. Als er mich bei einem gemeinsamen Spaziergang um den Seeburger See fragte, ob ich sein Nachfolger werden wolle, habe ich zuerst einen Moment gezögert, denn in die Fußstapfen Oppermanns zu treten, ist eine echte Herausforderung. Er hat sehr viel für die Region geleistet und hinterlässt insbesondere im Bereich Wissenschaft, Hochschulen und Bildung sichtbare Spuren. Mit seinem Namen wird das Forum Wissen am Bahnhof Göttingen dauerhaft verbunden sein.

Oppermanns herausragenden Leistungen für die Region waren für mich letztlich die Motivation dafür, als SPD-Direktkandidat anzutreten. Ich möchte seine Arbeit für die Region nahtlos fortführen und gleichzeitig die Brücke bauen

zwischen dem Oberzentrum Göttingen und dem ländlichen Raum. Ich möchte den Städten und Gemeinden helfen, die nötigen Hilfen aus Berlin zu bekommen, etwa für die Stadt- und Ortsentwicklung, bei Hilfen für Jugend und Familien oder bei Investitionen in eine klimaschonende Energieversorgung. Und ich möchte die Stimme derjenigen sein, die nach der hoffentlich bald abklingenden Corona-Pandemie die sichtbar zutage getretenen Spannungsbereiche anzupacken. Dazu zähle ich die personellen Engpässe in Gesundheit und Pflege ebenso wie die deutlichen Verwerfungen in Forschung und Lehre, etwa durch ausufernde Zeitverträge, durch unklare Prüfungssituationen oder belastende BaFöG-Bestimmungen.

Die Göttinger Oststadt ist für mich übrigens keine Unbekannte. Aufgewachsen bin ich in Nordhessen als Sohn eines evangelischen Pfarrers, zum Studium kam ich nach Göttingen und habe mit Frau und zwei Kindern am Nonnenstieg bei der Wohnungsgenossenschaft Göttingen gewohnt. 2001 bin ich nach meiner Ausbildung zum Facharzt nach Herzberg gegangen. Seit der Fusion der „Altkreise“ Göttingen und

Osterode Ende 2016 sind diese Bereiche spürbar enger zusammengedrückt. Der Leuchtturm Göttingen hat damit an Strahlkraft in die Region gewonnen.

Es ist also kein Zufall, dass einer meiner ersten Termine vor Ort in der Göttinger Oststadt stattgefunden hat. Ich habe mir das Neubauprojekt der Wohnungsgenossenschaft am oberen Nikolausberger Weg angesehen, das im Herbst von den Mieterinnen und Mietern bezogen wird. Die Vorstände Michael Przibilla und Carlo Scherrer haben mir die Projektentwicklung von den ersten Planungen 2016 bis zum heutigen Stand anschaulich erläutert. Gleichzeitig habe ich eine Menge über die Genossenschaft erfahren, die über einen Bestand von über 4000 Wohnungen verfügt. Die Durchschnittsmiete von etwa 6 Euro pro Quadratmeter kann sich wirklich sehen lassen. An die Bundespolitik richten sie zwei Wünsche: technische Vorschriften nicht so häufig ändern und bürokratischen Hürden nicht noch höher wachsen zu lassen.

WWW.PHILIPPI-ANDREAS.DE

KREISPOLITIK UND PLÖTZLICH LIEGT GÖTTINGEN AM HARZ

Als im November 2016 nach der Kommunalwahl der neue Kreistag zu seiner ersten Sitzung zusammentrat, waren manche Dinge deutlich anders als gewohnt. Die 72 Männer und Frauen kamen nicht nur aus der Stadt Göttingen und den umliegenden Gemeinden zwischen Weserbergland, Eichsfeld und hessischer Landesgrenze, sondern auch aus dem Südharz. Die Altkreise Göttingen und Osterode hatten sich auf Betreiben von Landrat Bernhard Reuter (SPD) zum neuen Landkreis Göttingen zusammengeschlossen. Schlagartig veränderten sich die Themen. Diese freiwillige Kreisfusion schuf die Voraussetzung für effektive Verwaltungsstrukturen.

Wichtiger noch: Der Harz ist für viele Bürgerinnen und Bürger nicht länger nur ein Ausflugsziel am Wochenende, sondern eine Region mit gemeinsamer Wirtschaftsförderung, Kulturentwicklung, Verkehrs- und Bildungspolitik. Die

Leserinnen und Leser der Tageszeitungen finden nun in Göttingen häufiger Berichte aus dem Harz. In Osterode werden regelmäßig Artikel mit Göttinger Themen veröffentlicht, weil die Zeitungen seit der Kreisfusion kooperieren. Die Region rückt sichtbar enger zusammen.

Schon immer sind zahlreiche Berufspendler aus dem Eichsfeld und dem Harzraum in das Oberzentrum gependelt. Handwerksbetriebe finden ihre privaten und öffentlichen Auftraggeber häufiger in einem größeren Radius. Der erweiterte Landkreis ist dazu da, den Ausgleich zwischen den Gemeinden zu schaffen, um gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. Flächendeckende Kinderbetreuung, Familienzentren, schulische Angebote, kulturelle Förderung von Institutionen und Ereignissen werden durch den Landkreis gewährleistet, auch wenn die Stadt Göttingen als kreisangehörige Stadt eine gesetzliche Sonderrolle spielt.



Sichtbar wird die neue Region durch das neue Fünf-Euro-Ticket. Es stellt seit 1. Januar 2021 sicher, dass im Verkehrsverbund Südniedersachsen (VSN) keine Fahrt mit Bussen und Bahnen mehr als 5 Euro kostet. Für Jugendliche, Senioren, Pendler und Gruppen wurden außerdem Tarifangebote geschaffen, die noch deutlich günstiger sind. Hilfeempfänger können zwischen einer Monatskarte für die Stadt Göttingen oder für den gesamten Verkehrsverbund wählen. Dabei kommt den Fahrgästen zu Gute, dass inzwischen der komplette Landkreis Holzminden in den VSN aufgenommen wurde. Wichtig ist, dass alle Mobilitätsangebote nicht an der Göttinger Stadtgrenze halt machen. Dabei sind es nicht nur die vergünstigten Fahrpreise, sondern auch

die Fahrtangebote selber, die nach und nach hoffentlich viele Menschen in Busse und Bahnen locken. Dazu ist neben zahlreichen Taktverdichtungen der Schnellbus Göttingen-Duderstadt zu zählen, der vom Land Niedersachsen maßgeblich gefördert wird. Eine gemeinsame Nahverkehrsplanung ist in Vorbereitung.

Die Kreisfusion von 2016 ist eben nicht nur eine abstrakte verwaltungstechnische Größe, sondern bewirkt konkrete Vorteile für alle Bürgerinnen und Bürger. Für zusätzliche Verbesserungen in der Stadt und im Umland wird sich die SPD in der kommenden Wahlperiode auf jeden Fall stark machen. (Gerd Aschoff)

NACHRICHTEN AUS DEM OSTVIERTEL

PARKRAUMBEWIRTSCHAFTUNG

Nach den Plänen von Rat und Verwaltung soll die im unteren Teil des Ostviertels bestehende Parkraumbewirtschaftung bis zur Höhe Dahlmannstraße/Merkelstraße/Hainholzweg/Calowstraße ausgedehnt werden. Hier würde das Parken gebührenpflichtig; Anwohner*innen könnten eine mehrjährige Parkerlaubnis erwerben. In den bisherigen Beratungen hat der SPD-Ortsverein Göttingen-Ost den Überlegungen zur Parkraumbewirtschaftung grundsätzlich zugestimmt, jedoch zahlreiche Einwände vorgetragen:

- Die Parkraumbewirtschaftung sollte nur realisiert werden, wenn auf dem Parkplatz hinter der Stadthalle ein mindestens zweistöckiges Parkhaus entsteht, möglichst mit einer Tiefgarage.
- Mit der BBS I (Arnoldischule) und den Trägern des ÖPNV muss ein Konzept gesucht werden, die den Schüler*innen aus dem

großen Einzugsbereich der Schule das Umsteigen auf den ÖPNV erlaubt. Ohne dieses Konzept bleibt der störende Parksuchverkehr bestehen.

- In Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern im Ostviertel muss ein attraktives Angebot für ein Jobticket entwickelt werden.
- Verhandlungen mit Unternehmen im Ostviertel könnten zur allgemeinen Nutzung von privaten Parkplätzen abends und am Wochenende führen. Dabei hätte die Stadt die notwendigen Kosten für die Beschilderung zu übernehmen.

Auch die Verwaltung wie auch die Fraktionen im Rat der Stadt Göttingen haben diese Probleme gesehen, so dass im Februar dieses Jahres beschlossen wurde, dass es vorerst keine Parkraumbewirtschaftung im Ostviertel geben wird.

NACHRICHTEN AUS DEM OSTVIERTEL

DENKMALSCHUTZ VERBESSERT

Das Göttinger Ostviertel besitzt zahlreiche Baudenkmäler, die vom Wandel der Architektur in den letzten hundert Jahren erzählen. Neben bedeutenden Bauten des Neohistorismus, die vor allem das untere Ostviertel prägen (Planckstraße, Herzberger Landstraße, Hainholzweg), finden sich auch Zeugnisse des Engagements der Bauherren für die neuen Stilformen des Jugendstils und des Neuen Bauens. Beim Jugendstil sogar mit bekannten Architekten: Riemerschmid und Lauwerigs. In den letzten Jahrzehnten gab es immer wieder

Eingriffe und Abrisse, die erhaltenswerte Bauten zerstörten und den Gesamtcharakter des Ostviertels, das nach dem Vorbild Gartenstadt entstand, negativ veränderten. Ein Beispiel dafür ist die gedankenlose Zerstörung der Vorgärten für Parkplätze.

Die vom Rat beschlossene Erhaltungssatzung stoppt diese Entwicklung. Nach wie vor bleibt bauliche Entwicklung möglich, jedoch reines Gewinnstreben durch intensivierete Flächennutzung kann verhindert werden.

SANIERUNG DER BISMARCKSTRASSE

Die SPD-Ratsfraktion stellte im Bauausschuss den Antrag, den unteren Teil der Bismarckstraße, der im letzten Frühjahr noch nicht saniert wurde, für eine Befahrbarkeit von Bussen und Fahrrädern herzustellen. Die Bismarckstraße ist ein wichtiger Weg zu unserem Naherholungsgebiet am Kehr. Der Kehr muss wieder über den ÖPNV angebunden werden. Die Erschließung über die Bismarckstraße ist der richtige Weg.

Gerade in den vergangenen Wochen und Monaten, als der Waldspaziergang eines der wenigen Freizeitmöglichkeiten war, zeigte sich, dass der individuelle Personenverkehr dort an seine Grenzen kommt. Überall standen parkende Fahrzeuge, der ständige Parksuchverkehr ist eine extreme Belastung für das Naherholungsgebiet.

AUSBAU DER OBEREN HERZBERGER LANDSTRASSE?

Der Vorstoß der Ostviertel-SPD zum Ausbau der oberen Herzberger Landstraße für Radfahrer und Fußgänger wurde von der Bauverwaltung ausgebremst. Die Ostviertel-SPD hatte vorgeschlagen, dass die Herzberger Landstraße ab der Bismarckstraße einen Radweg bekommen sollte, da die stark befahrene, kurvenreiche Herzberger Landstraße Radfahrer gefährdet. Zusätzlich sollte im oberen Teil der Weg auch für Fußgänger benutzbar sein. Hier fehlt ein Fußgängerweg, sodass die Bewohnerinnen der Jugendhilfe am Rohns – häufig mit Kinder-

wagen – die Fahrstraße benutzen müssen. Im Umweltausschuss hat die Stadtverwaltung dargelegt, dass dieser Ausbau sehr teuer würde und nur kompliziert realisiert werden könnte. Daraufhin vertagte der Ausschuss die Entscheidung. Die Angaben der Verwaltung wurden von uns inzwischen überprüft – vor allem nachgemessen, und als irreführend bezeichnet. Die SPD-Ratsfraktion wird einen neuen Vorstoß machen, um diese Gefahrenstelle zu entschärfen.

LIEBE TANTE ANNEMARIE,

lange schon haben wir uns nicht mehr treffen können. Unsere Familientreffen in Deinem schönen Garten mit leidenschaftlichen politischen Diskussionen fehlen mir sehr. Auch in meinem SPD-Ortsverein, der Basis meiner Partei, sind persönliche Treffen wegen der Pandemie noch nicht wieder möglich. Deshalb schauen wir im Fernsehen ganz aufmerksam nach Berlin.

Die Pandemie hat uns allen unsere Grenzen gezeigt. Einfache Lösungen waren und sind offenbar nicht in Sicht. Also versuchten es die Regierenden mit teuren Deals, die nicht immer ganz glatt liefen, wie man an den Riesenmengen Schutzmasken sehen kann. Nicht wenige Unionsabgeordnete betätigten sich als Vermittler, haben dabei viel Geld eingesackt (hoffentlich ordentlich versteuert) und mussten unter öffentlichem Druck zurücktreten.

Und dann sind da diese Deals, die nicht zur Zufriedenheit der Lieferanten und der Besteller verliefen. Das Bundesgesundheitsministerium machte Qualitätsmängel geltend und zahlte zuerst einmal nicht. Das ist für die Gläubiger natürlich ärgerlich, gehört aber zum Geschäfts-

leben dazu. Gut, wenn man die richtigen Helfer hat, die im Ministerium offene Türen finden und an die Zahlung erinnern. Zu den auffallend vielen Unions-Helfern gehört auch der Göttinger Fritz Güntzler. Kollegen baten um Hilfe – und Fritz war gefällig, obwohl es gar nicht um eine Firma in unserer Region ging. In die Berliner Republik sind offenbar rheinische Grundsätze mitgewandert: Wir kennen uns, wir helfen uns, Freunde stehen zusammen.

Unser Fritz hatte nach der Veröffentlichung im SPIEGEL einiges zu erklären. Geld will er für seine Unterstützung aber nicht genommen haben. Warum betätigt sich ein Abgeordneter als Geld-eintreiber? Mich erinnert das beinahe an Hollywood. In manchen Filmen wird auch nicht lange gefackelt, wenn es darum geht, offene Schulden einzutreiben.

Für mich bleibt die Frage: Wie naiv darf ein Bundestagsabgeordneter eigentlich sein?

- Nicht ganz ernst gemeint -
Dein Onkel Willy

NACHRICHTEN AUS DEM OSTVIERTEL SCHNEE-CHAOS SOLL SICH NICHT WIEDERHOLEN

Zu den zahlreichen Beschwerden an die Stadtverwaltung wegen des Schnee-Chaos gehörte auch ein Schreiben der SPD-Ortsverein Ost, Nordost und Geismar an Oberbürgermeister Rolf-Georg Köhler.

Die mangelhafte Räumung der Nebenstraßen wurde kritisiert sowie der tagelange Ausfall der Buslinie 50. Beides zusammen schnitt die Einwohner*innen fast eine Woche von Versorgungseinrichtungen, vom Weg zur

Arbeit oder zum Bahnhof ab. In den Beratungen über die Beschwerden räumte die Stadtverwaltung inzwischen die Mängel ein. Für den Wiederholungsfall soll es eine verbesserte Planung und Koordination geben.

BUCHEMPFEHLUNG

VOR ÜBER 100 JAHREN: DIE STADT ÖFFNET SICH NACH OSTEN

Für die heutigen Bewohnerinnen und Bewohner der Oststadt ist es selbstverständlich, dass die Bebauung bis hoch zum Rohns reicht. Der östliche Stadtwall ist schon lange keine Begrenzung mehr für die Stadt Göttingen, die um 1900 nur etwa 25.000 Bewohnerinnen und Bewohner zählte. Vor dem Ersten Weltkrieg entstanden in Zentrumsnähe reihenweise Wohn- und Geschäftshäuser, die ihrerseits über die Jahrzehnte eine bemerkenswerte Entwicklung mit kleinen Geschäften und Kanzleien durchmachten. In der Theaterstraße etwa bauten die Maurermeister Krafft ein für Göttinger Verhältnisse prächtiges Haus, das später an die jüdische Unternehmerfamilie Hahn (Gallus-Schuhfabrik) verkauft wurde, ehe es der Nazifizierung zum Opfer fiel.

Die gesamte Theaterstraße änderte ihr Gesicht durch wirtschaftliche und politische Veränderungen. Der 1940 in Göttingen geborene Klaus Wettig verbrachte viele Jahre seiner Kindheit in dieser Straße und schrieb deren Geschichte mit sehr viel Gespür für Details und deren grundsätzliche Einordnung auf. Der langjährige Berufspolitiker hat im Schreiben über kulturelle und politische Entwicklungen Göttingens eine Leidenschaft entwickelt, die vor allem in der Vermittlung an nachfolgende Generationen besteht. Welche Abgeordneten vertraten Göttingen und die Region auf höheren Ebenen? In Wettigs Zusammenstellung erfährt man nicht nur deren Namen und Herkunft, sondern zahlreiche Hintergründe, die eine Lektüre dieses Sammelbandes zum kurzweiligen Genuss machen, zumal der Chronist seine Betrachtungen keineswegs auf die eigene Partei beschränkt.



Klaus Wettig

Soziale Demokratie und Geschichte

Reden und Aufsätze

WALLSTEIN

Klaus Wettig: Soziale Demokratie und Geschichte. Reden und Aufsätze. Mit einem Vorwort von Dr. Gabriele Andretta 451 Seiten, Wallstein Verlag 2020, 26 Euro ISBN 978-3835338555 im örtlichen Buchhandel, etwa bei Calvör in der Theaterstraße.

12. SEPTEMBER 2021:

IHRE STIMME FÜR GÖTTINGEN

26. SEPTEMBER 2021:

BUNDESTAGSWAHL



Ab spätestens 16. August (Kommunalwahlen), bzw. 23. August (Bundestagswahl) kann bereits per Briefwahl gewählt werden. Entweder durch Anfordern der Briefwahlunterlagen oder auch direkt im Wahlamt.



Wahlamt - Stadt Göttingen

Dransfelder Straße 1

Montag bis Mittwoch 08.30-15.00 Uhr

Donnerstag 08.30-18.30 Uhr

Freitag 08.30-12.00 Uhr.

Impressum:

Herausgegeben vom SPD-Ortsverein Göttingen-Ost

Klaus Wettig (verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes)

Rohnsterrassen 6 | 37085 Göttingen